



Nr. 33

8. September 2016

## Inhalt

[Stadt Naunhof: Zunächst drei Tage Streik](#) +++

[Bundesbeamte: Bewegung beim Thema Arbeitszeit](#) +++

[Lehrer Berlin: Probleme auf die Sachebene gehoben](#) +++

[21. Ministerialkongress](#)

[Digitalisierung: Verwaltung hinkt hinterher](#) +++

[Behindertenbeauftragte: An schulischer Inklusion nicht sparen](#) +++

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Frauenförderung: Gutes Ziel - falscher Weg](#) +++

[dbb Hessen besorgt über Gewalt gegen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst](#) +++

[Ladebeck: Zeitplan bei Ost-West-Rentenanpassung einhalten](#) +++

[26. Gewerkschaftstag der komba gewerkschaft](#)

[Mitte September in Berlin](#) +++

[VBE: Lehrermangel gefährdet Alphabetisierung](#) +++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Stadt Naunhof: Zunächst drei Tage Streik

**(dbb) Im sächsischen Naunhof sind die Beschäftigten der Stadt vom 7. bis 9. September 2016 zunächst zu einem dreitägigen Streik aufgerufen. „Jetzt wird es richtig ernst. Die Arbeitgeberseite lässt uns durch die Blockade von Verhandlungen durch den Stadtrat leider keine Wahl“, sagte der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik Willi Russ am 5. September 2016.**

Bereits in der Woche zuvor hatten die Beschäftigten in einer Urabstimmung mit 95,7 Prozent für die Ausweitung des Arbeitskampfes gestimmt. „Unsere Geduld ist am Ende. Die Verhandlungen über die Einführung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst müssen sofort beginnen – dann können wir die Streiks auch gegebenenfalls wieder aussetzen“, so Russ.

Der dbb kündigte neben dem dreitägigen Streik außerdem eine Protestkundgebung auf dem Naunhofer Marktplatz für den 9. September 2016 um 10 Uhr an. dbb Vize Russ wird

bei dieser Gelegenheit erneut zu den Beschäftigten sprechen.

### Hintergrund

Seit 1994 haben die Beschäftigten von Naunhof keinen gültigen Tarifvertrag mehr. Die Stadt ist aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Bezahlt wird nur auf Grundlage einzelvertraglicher Regelungen. Vielfach bleiben die Bezahlung und Arbeitsbedingungen hinter denen der übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst zurück.

(01/33/16)

## Bundesbeamte: Bewegung beim Thema Arbeitszeit

**(dbb) In die Debatte um die wöchentliche Arbeitszeit der Bundesbeamten kommt Bewegung: Bei einem Fachgespräch am 2. September 2016 zwischen dbb und Bundesinnenministerium (BMI) wurden weiterführende Gespräche über verschiedene Entlastungsmodelle vereinbart. „Beim Dienstherrn scheint endlich die Erkenntnis zu reifen, dass die Ungleichbehandlung von Beamten und Tarifbeschäftigten so nicht mehr tragbar ist“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra.**

Derzeit beträgt die Arbeitszeit für Bundesbeamte 41, für Tarifbeschäftigte 39 Stunden pro Woche. „Die Verlängerung der Arbeitszeit in den Jahren 2004 und 2006 hat einseitig die Beamten getroffen. Verschärft wurde die Belastung durch pauschale Stellenkürzungen über Jahre hinweg. Es ist höchste Zeit, die Trendwende einzuleiten“, forderte Benra. Zwar hätten die BMI-Vertreter deutlich gemacht,

dass sie eine generelle Absenkung der Arbeitszeit für Beamte kurzfristig für politisch nicht durchsetzbar hielten. „Die dbb-Vorschläge für eine schrittweise Verkürzung, eine Reduzierung der Arbeitszeit für ältere Beschäftigte und die Überführung von Zeitkontingenten in ein Langzeit- beziehungsweise Lebensarbeitszeitkonto wollen wir aber als mögliche und realisierbare Einstiege weiter diskutieren.“

(02/33/16)

## Lehrer Berlin: Probleme auf die Sachebene gehoben

**(dbb) In der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen haben sich am 2. September 2016 dbb-Tarifchef Willi Russ und der dbb-Verhandlungsführer für die Entgeltordnung im Bereich der Lehrkräfte, Jens Weichelt, mit dem Berliner Finanzsenator, Dr. Matthias Kollatz-Ahnen, der zugleich Zweiter Stellvertretender TdL-Vorsitzender ist, zu einem Spitzengespräch getroffen. Themen waren die Einkommensrunde 2017 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), bei der die Entgeltordnung für Lehrkräfte erneut Gegenstand der Verhandlungen sein wird, sowie die aktuelle Situation im Lehrerbereich in Berlin.**

In guter Atmosphäre tauschten sich die Tarifpartner über die aktuelle Situation aus. Dabei warb Russ beim stellvertretenden TdL-Chef dafür, den mit der erstmaligen Schaffung einer

Entgeltordnung für Lehrkräfte 2015 begonnenen Prozess in der Einkommensrunde 2017 gemeinsam fortzusetzen. Russ: „Wir stellen fest, dass es für alle Bundesländer schwerer wird, geeigneten Nachwuchs zu finden. Es

liegt also im beiderseitigen Interesse, den begonnenen Weg zügig weiter zu gehen und Verbesserungen zu schaffen.“ Insbesondere mit Blick auf Berlin betonte Russ, Kritik an dieser neuen Entgeltordnung müsse ernst genommen werden, solange sie nicht ausschließlich gewerkschaftspolitisch motiviert sei. Deshalb schlug er vor, schon im Vorfeld der Einkommensrunde 2017 Problemfelder zu lokalisieren, die die Tarifpartner dann im Rahmen dieser Einkommensrunde auf tarifvertraglicher Basis lösen können. Russ: „Uns liegt daran, dass die Probleme auf die Sachebene gehoben werden.“

Klar sei: Verbesserungen im Beamtenbereich eines Landes, also auch in Berlin, können nur deshalb unmittelbar auf die Arbeitnehmer im Bereich der Lehrkräfte durchschlagen, weil der dbb 2015 mit der TdL mit der EGO-Lehrkräfte die tarifvertragliche Basis dafür geschaffen hat. Der dbb schlug schließlich vor, unterhalb der Spitzenebene regelmäßige Gespräche auf Arbeitsebene zu vereinbaren, um berlin-spezifische Probleme der neuen Entgeltordnung zeitnah zu diskutieren und dann im TdL-Rahmen zu lösen (03/33/16).

## 21. Ministerialkongress Digitalisierung: Verwaltung hinkt hinterher

**(dbb) Deutliche Defizite im Digitalisierungsprozess sieht die dbb jugend im Bereich der öffentlichen Verwaltung. „Derzeit hinken wir technisch in grundlegenden Sachen so hinterher, dass man nicht im Entferntesten von disruptiven Geschäfts- und Prozessmodellen, von nachhaltigen Umbrüchen der Funktionalitäten, wie wir sie teilweise in der Privatwirtschaft erleben, sprechen kann“, sagte die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe beim 21. Ministerialkongress der Management- und Technologieberatung BearingPoint am 2. September 2016 in Berlin. Unter der Überschrift „Werkstatt ‚D‘ - digital, demokratisch, demografieorientiert“ wurden dort die Themenschwerpunkte Digitalisierung & Innovation, Organisation & Prozesse, Modernisierung & Management sowie Steuerung & Finanzen diskutiert.**

Es mangle an einfachen Dingen wie zeitgemäßer Hardware-Ausstattung, etwa an schnellen Internetverbindungen oder dienstlichen Mobiltelefonen. „Smart Government, die direkte Maschine-zu-Maschine-Kommunikation, spielt noch keine wirkliche Rolle“, lautete Kothés kritisches Fazit, dass sich mit dem des Vorsitzenden des Normenkontrollrats der Bundesregierung Dr. Johannes Ludewig deckte. Er bemängelte, dass es an einer konsequenten ebenenübergreifenden Zusammenarbeit bei der Digitalisierung fehle und forderte einen eGovernment-Pakt für Deutschland.

Zugleich betonte die dbb jugend-Vorsitzende aber auch, dass es mit Blick auf den öffentlichen Dienst nicht um eine „Digitalisierung um jeden Preis“ gehen dürfe. „Bei den überwiegenden öffentlichen Dienstleistungen geht es

um die Arbeit mit und für Menschen, um Entscheidungen, die verantwortungsvoll getroffen werden müssen, sei es nun in der Kinderbetreuung, in der Kranken- und Altenpflege, bei Sicherheits- und Rettungskräften oder der Steuererklärung“, so Kothe. „Smart Government muss auch smart und clever implementiert werden – also dort, wo es für Beschäftigte wie Bürger und das Allgemeininteresse gleichmäßig Sinn macht. Als Instrument für Personalabbau ist es grundsätzlich abzulehnen.“ Bei allen Implementierungsprozessen müssten die Beschäftigten von Beginn an einbezogen werden, „nicht zuletzt, weil sie die Experten auf ihrem Gebiet sind, wenn es um Optimierungspotenziale geht.“ (04/33/16)

## Behindertenbeauftragte: An schulischer Inklusion nicht sparen

**(dbb) „Schulische Inklusion darf kein Sparmodell sein. Es muss eine ausreichende räumliche und personelle Ausstattung sichergestellt werden.“ Das stellte die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Verena Bentele, im „dbb magazin“ (Ausgabe September 2016) fest.**

Lehrerinnen und Lehrer dürften mit der wichtigen Aufgabe der schulischen Inklusion nicht alleingelassen werden, mahnte Bentele und

fügte hinzu: „Bewusstseinsbildung muss für mehr Akzeptanz der inklusiven Bildung an

len Schulen sorgen und die schwierige Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit der heterogenen Schülerschaft adäquat würdigen.“

Die Bundesbehindertenbeauftragte äußerte sich in dem Interview auch zur Frage nach einer Stärkung der Rechte von Schwerbehindertenvertretungen. Sie setze sich im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes für die so genannte Unwirksamkeitsklausel ein. „Diese sieht

vor, dass eine Maßnahme des Arbeitgebers unwirksam ist, wenn die gesetzlich festgelegte Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung unterblieben ist“, so Bentele. „Bisher ist eine solche Sanktion bei fehlender Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung nicht im Gesetzentwurf enthalten. Ich hoffe, dass im parlamentarischen Verfahren zu Bundesteilhabegesetz dort noch etwas erreicht werden kann.“  
(05/33/16)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **Frauenförderung: Gutes Ziel - falscher Weg**

**(dbb) Unter der Überschrift „Gutes Ziel – Falscher Weg“ hat der DBB NRW über die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 5. September 2016 informiert. Das Gericht hatte die Regelung zur Frauenförderung im Landesbeamtengesetz für verfassungswidrig erklärt.**

Rund zwei Monate nach Inkrafttreten des neuen Landesbeamtengesetzes führt die darin enthaltene Regelung zur Frauenförderung schon in eine Sackgasse, stellte der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) Roland Staude dazu fest; dies sei keine Überraschung: „Wir haben seit Beginn des Gesetzgebungsverfahrens immer wieder darauf hingewiesen, dass die von der Landesregierung gewählte Formulierung nicht rechtssicher ist.“ Doch statt die Argumente des DBB NRW sowie der zahlreichen weiteren Sachverständigen zu berücksichtigen, wollten die Regierungsparteien dieses Thema offensichtlich lieber von den Ge-

richten entscheiden lassen. Nun bleibe zu hoffen, dass die Landesregierung das aktuelle Urteil akzeptiert und schnell eine rechtssichere Lösung findet, damit das Thema nicht länger auf dem Rücken der Beschäftigten – Männern wie auch Frauen – ausgetragen wird.

Nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichtes (Aktenzeichen: 2 L 288/16) fordert der DBB NRW die Landesregierung auf, im Dialog mit den Gewerkschaften und Verbänden schnell zielführende und rechtssichere Lösungen zu finden, um über den Weg der Frauenförderung die Gleichstellung von Männern und Frauen weiter voranzubringen.  
(06/33/16)

### **dbb Hessen besorgt über Gewalt gegen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst**

**(dbb) „Der dbb Hessen ist besorgt und alarmiert über die Zunahme von Gewalttaten gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Hessen“, erklärte der Vorsitzende des dbb Hessen Heini Schmitt am 6. September 2016 in Frankfurt am Main. Er reagierte damit auf die jüngsten Übergriffe im Jobcenter Dietzenbach und der Stadtkasse Gelnhausen. In beiden Fällen waren Mitarbeiter brutal angegangen worden.**

„Wir sind entsetzt darüber, dass die Zahl der Übergriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst immer mehr zunimmt“, so Schmitt. Schon länger beobachte der dbb, dass die Hemmschwelle von der verbalen Auseinandersetzung zur Handgreiflichkeit und bis hin zum brutalen Übergriff immer weiter sinke. „Betroffen sind nicht nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Polizei, im Justizvollzug, bei den Feuerwehren und im Rettungsdienst. Auch

in anderen Bereichen der Landesverwaltung sind diese Tendenzen festzustellen.“ Der dbb Hessen werde sich daher diesem Thema intensiv widmen, Übergriffe feststellen und bekanntmachen und mit den Dienstherren über Lösungen nachdenken. „Das Land und die Kommunen sind in der Pflicht, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewähren“, mahnte Schmitt.  
(07/33/16)

## Ladebeck: Zeitplan bei Ost-West-Renten Anpassung einhalten

**(dbb) Im Hinblick auf die Angleichung der Renten Ost an West hat der Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Wolfgang Ladebeck, die Einhaltung des von der Bundesregierung verabreichten Zeitplans gefordert. „Im Koalitionsvertrag hat die schwarz-rote Bundesregierung vereinbart, dass die Ost-West-Rentangleichung bis spätestens 2020 abgeschlossen wird. Wenn das Vorhaben jetzt wegen des Streits über die Finanzierung scheitern sollte, ist das nicht vermittelbar“, sagte er am 6. September 2016.**

Deshalb sei der Druck, den Ministerpräsident Reiner Haseloff auf die Bundesregierung macht, notwendig und ein wichtiges politisches Signal an die ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner.

Die deutsche Einheit sei erst vollendet, wenn die Renten in den alten und neuen Bundesländern angeglichen und damit einheitliche Lebensverhältnisse für die Rentnerinnen und Rentner hergestellt sind. Durch die höhere Renten Anpassung Ost in diesem Jahr sei zwar der Rentenwert Ost von 92,6 Prozent auf 94,1 des Wertes der westlichen Bundesländer gestiegen, das bedeute aber auch, dass es noch 5,9 Prozentpunkte aufzuholen gilt. Damit die Rentenlücke bis 2020 geschlossen werden kann, müsse es weitere Teilangleichungen geben.

„Rentengerechtigkeit für die Bestandsrentner darf aber nicht zulasten künftiger Rentner gehen“, so der dbb Landeschef weiter. Eine Höherwertung der im Osten den Renten zugrundeliegenden Löhne mache also nach wie vor Sinn. Eine langsame Abschmelzung der Höherbewertung der Löhne nach 2020 sei eine Option, um Brüche in der Erwerbsbiografie zumindest teilweise auszugleichen. Eine Finanzierung der Renten Anpassung aus der gesetzlichen Rentenversicherung lehnte Ladebeck ab. „Die Renten Anpassung ist kein Ost-Problem sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss deshalb aus Steuermitteln finanziert werden“, sagte er. Die Bundesregierung streitet seit Wochen über Zeitplan und Finanzierung für die Milliarden teuren Reformpläne. (08/33/16)

## 26. Gewerkschaftstag der komba gewerkschaft Mitte September in Berlin

**(dbb) Das höchste Gremium der komba gewerkschaft, der Gewerkschaftstag, tagt am 16. und 17. September 2016 in Berlin. Dabei wählen die stimmberechtigten Delegierten die künftige Bundesleitung und bestimmen den gewerkschaftspolitischen Kurs der kommenden fünf Jahre.**

Unter dem Motto „Kommunen im Wandel“ sollen auf dem Gewerkschaftstag verschiedene Aspekte thematisiert werden, von denen die Länder, Kommunen und damit die Beschäftigten im öffentlichen Dienst unmittelbar betroffen sind. Dazu zählen die Flüchtlingspolitik und die Kommunalfinancen ebenso wie die Herausforderungen des demografischen Wandels. Auch um Nachwuchsförderung und Alterssicherung soll es in den Diskussionen gehen. Dazu werden unter anderem Redebeiträge von Dr. Gerd

Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), und Klaus Dauderstädt, Bundesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion (dbb) erwartet. Weitere Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung sind eingeladen. dbb Vize Ulrich Silberbach, seit fünf Jahren Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft, kandidiert erneut für dieses Amt. (09/33/16)

## VBE: Lehrermangel gefährdet Alphabetisierung

**(dbb) „Nur wer die Sprache eines Landes beherrscht, kann am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und am Arbeitsmarkt teilhaben. Dafür sind Grundfertigkeiten im Sprechen, Lesen und Schreiben essenziell. Das gilt für Ansässige in gleicher Weise wie für Zugewanderte.“ Das sagte Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender, anlässlich des Welttags der Alphabetisierung. Jeweils am 8. September erinnert die UNESCO seit 1966 an die Bedeutung von Alphabetisierung und Erwachsenenbildung.**

Offiziell gibt es in Deutschland 2,3 Millionen Menschen, die weder lesen noch schreiben können. Insgesamt rund 7,5 Millionen Men

schen sind sogenannte funktionale Analphabeten. Sie können zwar einzelne Sätze lesen oder schreiben, aber keine zusammenhängenden Texte verstehen. Beckmann: „Für diese



Menschen ist es wichtig, sich ohne Angst und Scham öffnen zu können und Hilfe angeboten zu bekommen. Die Politik fördert einige Projekte der Erwachsenenbildung, sollte aber im Blick haben, dass auch für diesen Bereich an allen Ecken und Enden Lehrkräfte mit entsprechender Qualifizierung fehlen.“

Das wird zunehmend auch zum Problem an Schulen. Hier fehlen vor allem Lehrkräfte, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten können, so Beckmann. Die Flüchtlingskinder haben jedoch ein Recht auf Beschulung in Deutschland. „Die Verantwortung wird auf die Lehrkraft abgewälzt. Neben den Herausforderungen, die die inklusive Beschulung und die steigende Heterogenität mit sich bringen, soll der Lehrer

nun auch noch ohne entsprechende Qualifizierung Deutsch als Fremdsprache lehren.“

Beckmann weiter: „Kriegssituationen verhindern oft den Schulbesuch von Kindern, was dazu führt, dass auch ältere Kinder, die zu uns kommen, noch keine Schule besucht haben. In manchen Ländern ist es zudem nicht üblich, dass Mädchen beschult werden.“ Hinzu komme, dass die Geflüchteten in der Regel aus Ländern kommen, in denen keine lateinischen Schriftzeichen verwendet werden. Die Alphabetisierung müsse damit in Deutsch erneut erfolgen.  
(10/33/16)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Dem Thema Personalrat und Digitalisierung wird sich das 11. Forum Personalvertretungsrecht des **dbb** widmen. „Personalrat 4.0 – arbeiten und gestalten in Zeiten der Digitalisierung“ – 20 Jahre nach dem ersten Forum Personalvertretungsrecht geht es am 3. und 4. April 2017 im dbb forum berlin um die neue Ära der Digitalisierung der Arbeitswelt. Nach Industrie 4.0 und Arbeit 4.0 fragen die Veranstalter dbb und dbb akademie: Was bedeutet Personalrat 4.0? Wie gestaltet sich Personalratsarbeit mit den neuen Informations- und Kommunikationsmedien? Was bedeutet eigentlich „entgrenzte“ Arbeit für das Kollektivorgan Personalrat - und für seine Beziehungen zu den Beschäftigten? Wird künftig tatsächlich alles anders - vom Aufgabenzuschnitt bis zum Arbeitsablauf? Die Veranstaltung richtet sich an alle Akteure des Personalvertretungsrechts - Personalratsmitglieder und Vertreter der Dienststellen ebenso wie renommierte Wissenschaftler, Vertreter der Rechtsprechung und erfahrene Praktiker.

Am 1. September 2016 hat im Sächsischen Finanzministerium bereits der fünfte Verhandlungstermin zum Thema „Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs in Sachsen“ stattgefunden. Für den 9. und 14. September 2016 sind weitere Termine vereinbart worden. dbb und GEW verhandeln gemeinsam mit dem Freistaat. „Nächste Woche werden wir uns sieben Mal getroffen haben. Das passt zu den sieben Themenblöcken, die wir mit der Staatsregierung vereinbart haben“, sagte dbb-Tarifchef **Willi Russ**. Klar sei: Der Freistaat habe in den letzten Jahren der Ökonomie den Vorgang

vor der Bildung gegeben, so Russ. "In der Bildung wurden die Reserven aufgebraucht und es wurde auf Verschleiß gefahren. Das geht nur eine sehr begrenzte Zeit und die ist jetzt um. Die Gewerkschaften und die Lehrkräfte erwarten, dass die Bildung endlich wieder Vorfahrt hat. Das kostet Geld. Oder anders gesagt: Diese Zukunftsinvestition gibt es nicht zum Nulltarif."

Über das "Nachhaltigkeitsmodell" des Thüringer Finanzministeriums hat der Landesvorsitzende des tbb **Helmut Liebermann** am 6. September 2016 mit Landesfinanzministerin Heike Taubert gesprochen. das Modell sieht einen finanzpolitischen Kurswechsel vor: Damit Thüringen auch in Zukunft die Beamtenpensionen bezahlen kann, wolle das Land jetzt extra dafür Schulden tilgen. Die eingesparten Zinsen würden dem Land später finanzielle Spielräume für seine Pensionsverpflichtungen und heute den Wiedereinstieg in die Verbeamtung von Lehrern ermöglichen, so das Modell.

Die saarländische Landesregierung hält zusätzliches Personal wegen des Zustroms von Einwanderern offenbar nur vorübergehend für notwendig. Vor diesem Hintergrund sieht der dbb saar Gesprächsbedarf. Landeschef **Ewald Linn** hat sich vor dem Spitzentreffen mit der Landesregierung am 20. September 2016 per Brief direkt an die Ministerpräsidentin gewandt. „Wenn die Landesregierung weiter an ihrem Ziel, 2.400 Stellen bis 2022 anstatt 2.020 abzubauen, festhalten will, müssen wir über den weiteren Weg reden“, so Linn. Des Weiteren müsse über Aufgabenabbau und Verwaltungsmodernisierung gesprochen werden, denn die

gleiche Arbeit sei auf Dauer nicht mit weniger Personal zu schultern.

Die Forderung nach mehr Verkehr auf der Schiene wird oft erhoben. Doch leider bleibt sie meist folgenlos – ein geflügeltes Wort in den Sonntagsreden dieser Republik. Denn die Wirklichkeit sieht anders aus: Immer größere Anteile des Verkehrs werden auf die Straße und in die Luft verlagert. Die Staus werden immer länger, die Umwelt wird immer stärker belastet. Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) stellt die Frage „Was muss getan werden, damit das System Eisenbahn in Deutschland Zukunft hat?“ deshalb in den Mittelpunkt eines Parlamentarischen Abends. Dazu lädt die GDL am 8. September 2016 in Berlin Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Gewerkschaften ein. Unter anderem wird der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize **Claus Weselsky** über Schritte hin zu einem zukunftsorientierten Schienenverkehr sprechen.

Bei der Überwachung von Terrorverdächtigen "ist eine Beobachtung von allen rund um die Uhr faktisch gar nicht möglich". Das stellte der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Rainer Wendt**, in der "Nordwest Zeitung" (Ausgabe vom 8. September 2016) fest. "Dafür müsste die Polizei erheblich mehr Personal haben. Es wäre auch gar nicht rechtmäßig. Eine Rund-um-die-Uhr-Beobachtung ist nicht nur personalintensiv, sie bedeutet auch einen Grundrechtseingriff. Dazu brauchen wir Fakten. Schließlich muss man damit auch vor Gericht bestehen können." Deutschland sei bei der Terrorismusbekämpfung sehr gut aufgestellt, betonte Wendt.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) unterstützt den Aufruf seines bayerischen Landesverbandes BLLV gegen die Verrohung der Sprache. Mit seinem Manifest „Haltung zählt“ habe der BLLV den Finger in die Wunde einer mit Worten immer sorgloser umgehenden, Gesellschaft gelegt, erklärte der VBE-Bundesvorsitzende **Udo Beckmann** am 7. September 2016. Damit mache der Verband auf eine gesellschaftliche Entwicklung aufmerksam, die seit Jahren zu beobachten ist und sich unter dem Gesichtspunkt der Diskussion um Integration erheblich beschleunigt hat. „Der Verrohung der Sprache Einhalt zu gebieten, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese Aufgabe ernst zu nehmen, heißt, den eigenen Sprachgebrauch genauer unter die Lupe zu nehmen. Hier ist es auch wichtig, dass Politik- und Medienvertreter genauer hinschauen, wie

sie welche Dinge formulieren und beschreiben“, so Beckmann.

Der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), **Heinz-Peter Meidinger**, hat mit Blick auf die steigende Zahl privater Schulen darauf verwiesen, dass das Problem ungleicher Bildungschancen nicht nur Stadtstaaten wie Hamburg oder Berlin betreffe. "Auch in manchen anderen Bundesländern fehlt an staatlichen Bildungseinrichtungen das Geld für Personal und Lernmittel", sagte Meidinger der "Huffington Post" (Ausgabe vom 7. September 2016). "Insbesondere bei der digitalen Ausstattung gibt es Defizite." Ein großes Problem sei auch die marode Bausubstanz. Alles in allem leisteten die staatlichen Schulen jedoch "noch immer gute Arbeit", sagte Meidinger. In etlichen Bundesländern wie etwa Bayern sei das Bildungsniveau an staatlichen Schulen in der Regel noch immer vergleichbar und mitunter auch besser als an privaten Schulen. Laut Verband Deutscher Privatschulverbände besuchte von den rund 10,9 Millionen Schülern im Schuljahr 2014/2015 jeder Elfte eine Privatschule.

**Ursula Vossenkuhl**, von 1991 bis 1995 stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, ist am 14. August 2016 nach schwerer Krankheit im Alter von 59 Jahren verstorben. Nach dem Abitur in Düren absolvierte Vossenkuhl von 1976 bis 1979 eine Ausbildung im gehobenen nichttechnischen Dienst der Bundeswehrverwaltung und war nach der Laufbahnprüfung in verschiedenen Arbeitsbereichen tätig. Seit 1980 engagierte sie sich gewerkschaftspolitisch im Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) und wurde 1989 als erste Frau in die VBB-Bundesleitung gewählt. Der Bundesvertretertag des dbb wählte sie 1991 ebenfalls als erste Frau in die dbb Bundesleitung. Als stellvertretende Bundesvorsitzende vertrat Ursula Vossenkuhl den dbb im Verbraucherbeirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, im Verbraucherausschuss beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) sowie im Versicherungsbeirat beim Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen. Von 1992 bis 1996 amtierte sie als Generalsekretärin der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) in Brüssel sowie von 1993 bis 1996 auch als Präsidentin der Akademie Europa der CESI. Auf nationaler wie auf europäischer Ebene galt Ursula Vossenkuhl als besonnene und kompetente Gewerkschafterin, die den offenen Dialog suchte und stets bereit war, einen für alle Beteiligten tragbaren Kompromiss zu schließen. In den Gremien des

---

dbb hat sie durch ihre Sachkompetenz und durch ihre Fähigkeit, komplexe Inhalte transpa-

rent zu machen, überzeugt. Der dbb wird Ursula Vossenkühl ein ehrendes Andenken bewahren.  
(11/33/16)

### **Termine zum Vormerken**

#### **11. dbb Medienkonferenz**

"Reformdruck, Sparzwang, Glaubwürdigkeitsproblem – Ist der Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen in Gefahr?"

Berlin, 19./20. September 2016

#### **3. Seniorenpolitische Fachtagung**

"Hat der Generationenvertrag eine Zukunft? Alterseinkünfte heute und morgen"

Berlin, 26. September 2016

---